

„Aufgeben wäre jetzt fatal“

Erörterungstermin zur Stromtrasse: Hiltraud Lindemann kann keinen Sinneswandel bei E.ON erkennen

Von Jürgen Bohlken

COLNRADE/WINKELSETT/
PRINZHÖFTE/OLDENBURG

• In zwei Worten konnte die Colnrader Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann gestern ihr Fazit zum Erörterungstermin im Raumordnungsverfahren für die 380-Kilovolt-Leitung von Ganderkesee nach St. Hülfe zusammenfassen: „Nichts Neues!“

Im Oldenburger Kulturzentrum PFL setzte sich die Regierungsvertretung mit den Einwendungen der „Träger öffentlicher Belange“, gebündelt nach Themen, auseinander. Der Antragsteller, die E.ON Netz, und das Planbüro „Intac“ bekamen Gelegenheit, das Projekt nochmals zu erläutern. Prof. Bernd R. Oswald ging auf Ergebnisse der „For Wind“-Vergleichsstudie zu den verschiedenen Stromübertragungsalternativen ein.

Die Einwender, darunter auch Vertreter der IG „Vorsicht, Hochspannung“, die Bürgermeister Herwig Wöbse (Prinzhöfte), Gert Weidenhöfer (Winkelsett) und Hiltraud Lindemann (Colnrade) sowie Bauamtsleiter Harro Hartmann und Jens Hüfner für die Samtgemeinde Harpstedt, benötigten viel



„Dicke Bretter bohren“ müssen die Freileitungsgegner der IG „Vorsicht, Hochspannung“ auch weiterhin. Archivfoto: Bartels

Sitzfleisch, denn der Termin zog sich über Stunden hin: „Wir dürften Fragen stellen. Sinn der Erörterung war es aber nicht, alle Argumente zu wiederholen, denn die liegen der Regierungsvertretung ja ohnehin schriftlich vor“, berichtete Hiltraud Lindemann. Die – auch für die Presse – nicht öffentliche Erörterung habe sie sich „anders vorgestellt“, gab sie zu. „Ich nehme aus dem Termin

mit, dass viele Dinge auf politischer Ebene entschieden werden müssen. Das fängt bei der Novellierung des Landesraumordnungsplanung an und hört beim Bundesimmissionschutzgesetz, bei den Grenzwerten für elektromagnetische Belastungen, auf“, so die Colnrader Bürgermeisterin. Sie selbst habe sich auch zu Wort gemeldet und etwa auf das Kyoto-Protokoll verwiesen,

das als ein Kernziel die CO₂-Verminderung formuliert. Hintergrund: Da bei einer gasisolierten unterirdischen Leitung (GIL) deutlich weniger Verluste anfallen als bei einer Freileitung, schneidet die GIL auch in punkto CO₂-Bilanz klar besser ab.

Was die Haltung der E.ON Netz angeht, so vermochte Lindemann keinen Sinneswandel zu erkennen. Der Konzern favorisiere nach

wie vor die Freileitung – vor allem wegen des Kostenarguments. Die Bürgermeisterin staunte über die geballte Präsenz des Netzbetreibers: „E.ON ist heute führungslos!“, scherzte sie. „Leider sind wir im Verfahren nun wieder einen Schritt weiter. Trotzdem wäre es fatal, jetzt aufzugeben. Wir werden den Kampf gegen die drohende Freileitung fortsetzen“, kündigte Lindemann an.